



Die Karte zeigt, wie es in Saarnen bei Hochwasser aussieht, wenn die Entlastungsstollen gebaut sind.

diesem wird Energie vernichtet, bevor das Wasser anschliessend in die Sarneraatal fliesst. «Mit Hilfe dieses Tosbeckens und ergänzender Stabilisierungsmassnahmen in der Sarneraatal können wir sicherstellen, dass es nicht zu unkontrollierten Erosionen in der Sarneraatal kommt. Abgesehen davon sind die Anforderungen an das Auslaufbauwerk hoch, da es in einem geschützten Gebiet zu liegen kommt», erklärt Federer.

Anfänglich wurde auch diskutiert, ob es sich lohnen würde an just dieser Stelle ein kleines Kraftwerk zu bauen. «Nähere Abklärungen zeigten jedoch, dass ein derartiges Kraftwerk nur dank der kostendeckenden Einspeisevergütungen wirtschaftlich betrieben werden könnte und dass aufgrund des Kraftwerks die Sarneraatal zwischen Sarnersee und Wichelsee zu einem Restwassergerinne verkommen würde», so der Baudirektor. Trotzdem werde man das Auslaufwerk so bauen, dass es später immer noch möglich sei, an dieser Stelle ein kleines Kraftwerk zu erstellen.

Ökologische Aufwertung

Weitere 13 Millionen Franken der Kosten entfallen auf ökologische Massnahmen entlang der

Sarneraatal. So sollen diverse Ufer aufgeweitet und zugänglicher gemacht, Amphibienstandorte angelegt und Blocksteinmauern im Dorfkern saniert werden. Geplant ist beispielsweise auch ein «Erlebnisraum Fluss», wo sich unter anderem Reptilien wohlfühlen sollen. Ausserdem ist zur Regulierung des Abflusses in der Sarneraatal ein Wehr bei der Brücke Rütistrasse projektiert. Dieses ist insbesondere aus Gründen des Schutzes des Flachmoors Hanenried in der Gemeinde Sachseln und des Unterliegerschutzes erforderlich. Die weiteren Projektkosten entfallen auf die Seeregulierung, den Landerwerb und übergeordnete Planungs-, Beratungs- und Nebenkosten.

Das Projekt bringt aber noch einen weiteren entscheidenden Vorteil mit sich. So sorgt der Kernmattbach immer wieder für Überschwemmungen im Bereich der Industriezone Kägiswil. Der geplante Hochwasserentlastungsstollen unterquert jedoch im Bereich der «alten Teiggi» den Kernmattbach. Deshalb ist dort im Überlastfall eine teilweise Einleitung des Baches in den Entlastungsstollen vorgesehen. So kann auch die Industriezone vor Hochwassern geschützt werden.

Sollte das Volk im September Ja zum Projekt sagen, könnte frühestens Ende 2016 mit dem Bau begonnen werden. Die Bauzeit für den Stollen mit Ein- und Auslaufbauwerk ist mit vier Jahren veranschlagt, die Massnahmen entlang der Sarneraatal würden nochmals zwei Jahre in Anspruch nehmen. Jedoch müsste man mit den Sanierungsarbeiten an der Sarneraatal zuwarten, bis der Entlastungsstollen fertig gebaut ist. Somit sollte das Projekt voraussichtlich 2022 abgeschlossen sein. «Die Inbetriebnahme des Stollens könnte bei gutem Baufortschritt allerdings bereits 2021 erfolgen», so Federer.

Wie finanzieren?

Noch unklar ist jedoch, wie die für den Kanton Obwalden enormen Kosten von 115 Millionen Franken gestemmt werden. Der Vorschlag der Regierung, während 12 bis 20 Jahren eine befristete, zweckgebundene Staatssteuer einzuführen, vermochte viele Parlamentarier nur mässig zu begeistern. Diese Zwecksteuer würde einen Aufschlag von rund 1 bis 2 Prozent auf der Steuerrechnung bedeuten. Der Kantonsrat baute jedoch eine Bremse ein, indem er sich vorbehält, vorzeitig über eine Reduktion oder Streichung dieser Sondersteuer beschliessen zu können.

Unklar ist auch die Frage, wie viel der Bund mitfinanziert. Er wird voraussichtlich erst 2016 nach Vorliegen des vom Kanton bewilligten Projektes die Höhe seiner Beteiligung festlegen. Diese liegt minimal bei 35 Prozent und bei Gewährung der Schwerfinanzierbarkeitszulage bei maximal 65 Prozent. Der Kanton Obwalden möchte diese Schwerfinanzierbarkeitszulage wegen seiner grossen Betroffenheit von Naturgefahren natürlich gerne geltend machen. Doch zuerst einmal muss am 28. September die Obwaldner Stimmbevölkerung dem Projekt «Sarneraatal mit Hochwasserentlastungsstollen Ost» grünes Licht geben. Baudirektor Federer dazu: «Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir uns auf der erfolgreichen Schlussstrecke des Generationenprojektes befinden.» ■



Die Gefahrenkarte verdeutlicht, wie sich die Wassermassen ohne Entlastungsstollen bewegen.

DIE GESCHICHTE DES HOCHWASSERSCHUTZPROJEKTS

1999 bis 2005: In dieser Zeit wird Kanton Obwalden von nicht weniger als drei Hochwasserkatastrophen heimgesucht. Alle drei verursachen rund um den Sarnersee und entlang der Sarneraatal grosse Schäden. Besonders extrem fallen diese im August 2005 aus. Der Handlungsbedarf zur Verbesserung der Hochwassersicherheit ist unbestritten. Deshalb beauftragt der Regierungsrat das Baudepartement, gemeinsam mit den Gemeinden Schutzziele festzulegen und Massnahmenvarianten auszuarbeiten.

Juni 2006: Eine Konzeptstudie schlägt 20 verschiedene Hochwasserschutzvarianten vor. Drei Varianten werden zur weiteren Bearbeitung auf Stufe Vorprojekt ausgewählt: Die Tieferlegung und Verbreiterung der Sarneraatal (entspricht heute in etwa der Projektvariante «Sarneraatal tiefer gelegt und verbreitert»). Die Variante «Landenberg», welche Massnahmen an der Sarneraatal sowie einen Hochwasserentlastungsstollen durch den Landenberg umfasst. Die «Bergvariante Ost», welche in etwa der heutigen Projektvariante «Sarneraatal mit Hochwasserentlastungsstollen Ost» entspricht.

April 2007: Aufgrund der Beurteilung des Bundesamtes für Umwelt und unter Abwägung aller Aspekte – insbesondere der deutlich tiefer geschätzten Kosten – geht die Tieferlegung und Verbreiterung der Sarneraatal als Siegerin aus dem Variantenvergleich hervor. Der Kantonsrat genehmigt per Beschluss die Realisierung der Variante «Sarneraatal tiefer gelegt und verbreitert». Doch gegen diesen Entscheid wird das Referendum ergriffen, denn man befürchtet Schäden an den Häusern entlang der Sarneraatal infolge

Grundwasserabsenkungen und negative Auswirkungen für geschützte Ortsbild. Darum plädieren viele Einwohner für eine Lösung mit einem Entlastungsstollen.

November 2007: Das Stimmvolk genehmigt den Planungskredit für das Projekt «Sarneraatal tiefer gelegt und verbreitert». Die Projektierungsarbeiten werden aufgenommen und unter Hochdruck vorangetrieben.

Juni 2009: Termingerechtfertigt liefert die vom Kanton Obwalden beauftragte Ingenieurgesellschaft den Entwurf des Bauprojekts für die Tieferlegung und Verbreiterung der Sarneraatal samt Kostenvoranschlag ab. Der eingereichte Kostenvoranschlag fällt dabei mit 76,5 Millionen statt der geschätzten 47 Millionen Franken deutlich höher aus. In der Kritik steht insbesondere Baudirektor Hans Matter, der in der Folge die Konsequenzen zieht und als Regierungsrat zurücktritt.

November 2009: Die IG Hochwasserschutz Sarnen reicht ein Volksbegehren ein, das vom Regierungsrat die Planung des Stollenprojekts «Bergvariante Ost» bis zur Baureife fordert. Es soll damit auf den Planungsstand des Projekts «Sarneraatal tiefer gelegt und verbreitert» gebracht werden.

Mai 2010: Der Kantonsrat bewilligt den Objektkredit, um die Varianten «Sarneraatal mit Hochwasserentlastungsstollen Ost» und «Sarneraatal mit Hochwasserentlastungsstollen West» für den Variantenvergleich auf den gleichen Planungsstand wie die

Variante «Sarneraatal tiefer gelegt und verbreitert» zu bringen. Er stellt diesen Objektkredit als Gegenvorschlag dem Volksbegehren für die Planung der Stollenvariante für den Hochwasserschutz Sarneraatal gegenüber.

September 2010: Das Obwaldner Stimmvolk nimmt die Initiative der IG Hochwasserschutz Sarnen an. Das Baudepartement erhält somit den Auftrag, die Projektvariante «Sarneraatal mit Hochwasserentlastungsstollen Ost» auf den gleichen Planungsstand zu bringen wie die bereits zum Bauprojekt ausgearbeitete Variante «Sarneraatal tiefer gelegt und verbreitert» und anschliessend die Bestvariante mittels Variantenvergleichs zu ermitteln. Der Initiativtext verlangt ausserdem, dass die Kosten für den Hochwasserentlastungsstollen Ost mittels funktionaler Ausschreibung im Totalunternehmerverfahren zu ermitteln sind. Die IG Hochwasserschutz erhofft sich durch dieses Vorgehen Kosteneinsparungen.

Januar 2014: Nach Vorliegen des fachlichen Variantenvergleichs spricht sich der Regierungsrat für die Variante «Sarneraatal mit Hochwasserentlastungsstollen Ost» aus. Er unterbreitet dem Kantonsrat die Gesetzesvorlage zur Realisierung und Finanzierung dieser Projektvariante.

April 2014: Der Kantonsrat stimmt dem Gesetz über die Planung, den Bau und die Finanzierung des Projekts Hochwassersicherheit Sarneraatal einstimmig zu. Somit gelangt die Vorlage am 28. September zur Abstimmung vor das Obwaldner Volk. (bre/mitg)



Im Juni 2013 trat auch der See über die Ufer.